

Jahresbilanz des DAAD 1990

(DAAD) 1990 war ein außergewöhnliches Jahr, auch für den DAAD: eine Rekordbilanz von fast 50 000 geförderten In- und Ausländern, die Öffnung aller DAAD-Programme für die osteuropäischen Hochschulen, neue Schwerpunkte in Osteuropa und in der UdSSR und zugleich neue Initiativen in westlichen Partnerländern und in der Dritten Welt.

Berchem verwies auf die großen Erwartungen aus den östlichen Nachbarländern, die der DAAD nur zu einem Bruchteil befriedigen könne. Insbesondere die deutsche Sprache erlebe eine Renaissance, die einmalig sei. „Diese Chance kommt nicht wieder.“ Der DAAD werde ca. 60 Lektorate, die früher von der DDR eingerichtet worden waren, in Osteuropa fortführen.

Andererseits verwies Berchem darauf, daß der DAAD von der DDR über 6000 ausländische Stipendiaten übernommen habe und bisher keinen als „Opfer der deutschen Einheit“ zurückgeschicken mußte.

Auch wenn die Integration der osteuropäischen Hochschulen und der Nachholbedarf in Osteuropa an der Spitze der Prioritätenskala stehe, so habe der DAAD doch seine westlichen Partner nicht vernachlässigt und auch die Dritte Welt nicht hintangestellt.

Ossietsky-Preis

(ND) Die Stadt Oldenburg schreibt erneut ihren Carl-von-Ossietsky-Preis für Zeitgeschichte und Politik aus, der mit 20 000 Mark dotiert ist.

Wie die Stadt Oldenburg in einer Pressemitteilung informiert, richte sich die Ausschreibung in erster Linie an deutsche wie ausländische Historiker, Politologen, Publizisten und Journalisten.

Einsendeschluß ist der 1. Oktober 1991. Vollständige Ausschreibungsbedingungen verwendet das Kulturdezernat der Stadt Oldenburg, Pferdemarkt 14, W-2900 Oldenburg.

Ziel: Wieder zu den Besten zählen

Erklärung des Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf vor der CDU-Fraktion am 5. Juni 1991 in Dresden

Ziel der Hochschulpolitik des Freistaates Sachsen ist es, darauf hinzuwirken, daß die Hochschulen und Universitäten des Landes nach ihrer Erneuerung wieder zu den besten in der Bundesrepublik und Europa zählen.

1. durch die Überwindung der politischen Alllast in den Hochschulen und Universitäten, die unter dem SED-Regime in besonderer Weise gelitten haben,

2. durch Trennung von den Hochschullehrern, die nicht über die Qualifikation verfügen, auf die die Hochschulen angewiesen sind, wenn sie den angestrebten hohen Leistungsstandard erreichen wollen,

3. durch die Öffnung des „Marktes“ für Hochschullehrer, mit der allen persönlich und fachlich hochqualifizierten Wissenschaftlern an deutschen Hochschulen, insbesondere an den Hochschulen des Landes und an den außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die gleiche Chance gesichert werden soll,

4. mit der Gewinnung der besten Wissenschaftler, im Wettbewerb mit anderen Hochschulen und Universitäten und der Sicherung des Verbleibs der persönlich und fachlich hochqualifizierten Hochschullehrer, die bereits an sächsischen Hochschulen lehren.

Das Hochschulneuerungsgesetz, das nach seiner Überarbeitung und Ergänzung in dem Ausschüssen nunmehr dem Landtag zur zweiten Lesung vorliegt, verfolgt dieses Ziel auf folgende Weise:

Es sieht eine persönliche und fachliche Überprüfung aller Hochschullehrer vor. Als Ergebnis dieser persönlichen und fachlichen Überprüfung sollen diejenigen Hochschullehrer abberufen bzw. entlassen werden, die auf Grund ihrer Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit, auf Grund von Verstößen gegen die Rechte ihrer Kollegen und Studenten oder mangels fachlicher Kompetenzen für die Hochschulen untragbar geworden sind.

Eine generelle Entlassung der Hochschullehrer ist von niemandem beabsichtigt und wäre auch mit der notwendigen Kontinuität des Hochschulbetriebes unvereinbar.

- Grundsätzlich durch eine Ausschreibung der Lehrstühle, die für alle wissenschaftlich qualifizierten offen ist. Dabei soll Bewerbern aus den Universitäten und Hochschulen Sachsens sowie aus den außeruniversitären Forschungseinrichtungen Sachsens ein Bonus eingeräumt werden;

- Eine erfolgreiche personelle und fachliche Erneuerung der Universitäten und Hochschulen im Freistaat Sachsen setzt nach Auffassung der Staatsregierung voraus, daß die Teilnahme an wesentlichen akademischen Funktionen den

Hochschullehrern vorbehalten bleibt, die entweder durch ein allgemeines Berufungsverfahren oder ein verkürztes Berufungsverfahren oder durch kommissarische Beauftragung durch den Staatsminister für Wissenschaft und Kunst Professoren neuen Rechts geworden oder diesen gleichgestellt sind.

- Durch ein verkürztes Berufungsverfahren für herausragende Hochschullehrer, die bereits Professoren sächsischer Universitäten und Hochschulen sind und die als Inhaber sogenannter „Eck-Lehrstühle“ im Rahmen der neu entwickelten Strukturen maßgeblich am Aufbau und der Erneuerung der Fakultäten mitwirken und die angestrebte Qualität des sächsischen Hochschulwesens mit gewährleisten sollen.

Durch das verkürzte Berufungsverfahren soll gleichzeitig sichergestellt



Ein bereits historisches Foto: Prof. Dr. jur. Dr. h. c. Kurt Hans Biedenkopf empfing am 2. April 1990 vom damaligen Rektor Prof. Dr. sc. Horst Hennig die Urkunde zur Berufung auf den Gastlehrstuhl „Georg Mayer“.

werden, daß hervorragende Professoren an den Universitäten und Hochschulen des Freistaates Sachsen für einen Verbleib an unseren Universitäten gewonnen werden können.

Damit die sächsischen Universitäten und Hochschulen in der Übergangszeit funktionsfähig bleiben, räumt das Hochschulneuerungsgesetz dem Staatsminister für Wissenschaft und Kunst das Recht ein, Professoren bisherigen Rechts kommissarisch zu berufen und sie damit den Professoren neuen Rechts gleichzustellen.

Eine erfolgreiche personelle und fachliche Erneuerung der Universitäten und Hochschulen im Freistaat Sachsen setzt nach Auffassung der Staatsregierung voraus, daß die Teilnahme an wesentlichen akademischen Funktionen den

Hochschullehrern vorbehalten bleibt, die entweder durch ein allgemeines Berufungsverfahren oder ein verkürztes Berufungsverfahren oder durch kommissarische Beauftragung durch den Staatsminister für Wissenschaft und Kunst Professoren neuen Rechts geworden oder diesen gleichgestellt sind.

Die Staatsregierung geht davon aus, daß der so durch das Hochschulneuer-



Ein bereits historisches Foto: Prof. Dr. jur. Dr. h. c. Kurt Hans Biedenkopf empfing am 2. April 1990 vom damaligen Rektor Prof. Dr. sc. Horst Hennig die Urkunde zur Berufung auf den Gastlehrstuhl „Georg Mayer“.

ungsgesetz und die Erarbeitung neuer Strukturen für das Hochschulwesen und jede einzelne Hochschule gekennzeichnete Prozeß geeignet ist, sowohl zu einer politischen wie zu einer fachlichen Erneuerung der Universitäten und Hochschulen des Landes zu führen, ohne die Kontinuität von Lehre und Forschung mehr zu beeinträchtigen, als dies mit einem Prozeß der Neustrukturierung und der inneren Erneuerung notwendigerweise verbunden ist.

Die Staatsregierung ist zuversichtlich, daß es auf der Grundlage des jetzt zur zweiten Lesung anstehenden Hochschulneuerungsgesetzes gelingen wird, mit den an den Hochschulen und Universitäten des Landes lehrenden, persönlich und fachlich qualifizierten Hochschullehrern, mit den neu gewonnenen Wissenschaftlern aus dem Bereich der Dozentschaft und der außeruniversitären Forschungseinrichtungen und mit Hochschullehrern aus den alten Bundesländern, die Universitäten und Hochschulen des Landes politisch und fachlich zu erneuern und zu der Qualität zu führen, die es gewährleistet, daß sie in Forschung und Lehre dem Wettbewerb mit deutschen und europäischen Schulen gewachsen sind und der studentischen Jugend unseres Landes die Ausbildung vermitteln können, auf die sie einen Anspruch hat.

Damit nichts verlorengelht

In Zeiten, wo ein vielfaches gewalttames Sterben zum Alltag gehört, gilt das Leben des einzelnen wenig. Und wo Verlust und Gewinn sich in sieben- und mehrstelliger Größenordnung rechnen, zählt mühsam durch Lebensarbeit Erworbenes kaum einen Pappentitel.

Mein Anliegen, warum ich diesen Beitrag für die „UZ“ schreibe (die hoffentlich nicht wie leider vieles Bewahrenswerte den „Platzwalzern“ und ihrem Roststift zum Opfer fällt), ist es, zu verbinden, daß ein Stück Geschichte dieser Universität unwiederbringlich verlorengelht. Ich habe diese Universität in der 2. Hälfte ihrer 50er bzw. 1. Hälfte ihrer 60er Jahre verlassen, gehören zu jener Generation, deren aktives und berufsorientiertes Leben sich in der Zeitspanne zwischen zwei Staatszusammenbrüchen bzw. „Gesellschafts-„ambüchen“ vollzog: In der Zeit vom Untergang des Hitlerreiches bis zur „Wiedervereinigung“ bzw. „freiwilligen Selbstaflöbung“ der DDR - von der bedingungslosen Kapitulation 1945 bis zum Einigungsvertrag 1990.

Es ist richtig, wenn die oben genannten Zeitgenossen, da man sie nach jahrelangem Wirken nicht mehr benötigt, einfach in die „Geschichtsbücherei“ entlassen werden? Höchstens noch mit dem pauschalen Vorwurf, ein inzwischen zusammengebrochenes Staatswesen bzw. politisches und ökonomisches System mit Überzeugung und spezifischen geistigen Mitteln unterstützt zu haben? Dies hieße, die auch heute gültige Wahrheit zu ignorieren, daß „die herrschende ökonomische Macht immer auch die herrschende geistige Macht“ ist. Nicht das „Ob“, sondern auch das „Wie“ dieser Unterstützung kann so mit Gegenstand von Kritik sein, will man sich nicht den Vorwurf des Pharisäertums und der Kleinkariertheit einhandeln.

Konkret: Wer aus seiner Erfahrung von Krieg und Nachkrieg wie aus der Absicht, das schlimme faschistische Erbe schnell überwinden zu helfen, in jungen Jahren der „Partei der geistigen Arbeiterklasse“ (die die SED sein wollte) beitrug und die DDR mit Pieck und Grotewohl als „unseren Staat“ und als demokratische Alternative zu Adenauer und Ciolek freudig begrüßte, wer beim Tod des „weisen“ Stalin Trauer empfand und von der Sowjetunion siegen lernen wollte, war von dort her (und ich bekenne mich selbst dazu) noch kein „Stalinist“.

Es gibt nicht - die Geschichte beweist es - die reinliche Trennung von Täter und Opfer. Die wirkliche Geschichte war

komplizierter. Soll Pauschalurteilungen (mit Liquidierung langjährig erworbener Rechte z. B. durch Renten Kürzung mit dem Argument der „Staatsnähe“) erfolgreich entgegengewirkt werden, ist die historische Wahrheit dafür „unser bestes Arbeitsmittel und unsere schärfste Waffe“.

Ich bin überzeugt, daß bei vielen Betroffenen durchaus das Bedürfnis besteht, über eigene Lebenserfahrungen, über Erfolge und Niederlagen, über Motive und Verhaltensweisen in besonderen Situationen nachzudenken und sich ehrlich auch zu ihren Schwächen und Irrtümern, zu ihrer Schuld zu bekennen. Mancher hat als Zeuge die Vertreibung Ernst Blochs, Hans Meyers und anderer Persönlichkeiten von der Leipziger Uni miterlebt, die verhängnisvolle „Kulturpolitik“ Leipzigs unter Paul Fröhlich und Siegfried Wagner, die demütigende Behandlung des Soziologen Robert Schulz und war vielleicht selbst Objekt von Maßregelungen, wie sie gegen Wissenschaftler und Studenten zeitweilig geübt stattfanden, oder er war gefordert, an Argumenten und Aktionen gegen „Andersdenkende“ wie an einer „geschönten“ Geschichtsschreibung, die die Partei und ihre Repräsentanten im „rosigen Licht“ verklärte, mitzuwirken.

Solcherart erlebte Geschichte für die Nachwelt aufzuschreiben und für die Universitätschronik aufzuarbeiten wäre verdienstvoll und verdiente die Unterstützung des Rektors und der Unipresse. Es geht dabei nicht um eine Kampagne, sondern den - vielleicht - Auftakt zu einer längerwährenden interessanten Diskussion, unter roger Teilnahme selbstverständlich auch der Studentenschaft mit kritischen Fragen, um auf diese Weise mögliche Tendenzen sowohl von Selbstbewährtrückerung als auch von unsäglichler Hexenjägeri auszuschließen.

Ein „Einstieg“ könnte vielleicht im Nachdenken über die Hauptursachen für den ökonomisch-politischen - moralischen Verfall des realen Sozialismus bestehen, ein anderer in der Darstellung persönlicher Gedanken und Gefühle im Rückblick auf die Jahre der bisherigen Tätigkeit.

Jeder, der sich irgendwie angesprochen fühlt, sollte sich äußern können. Man kann die Geschichte als das „Ver-gangene“ nicht zurückdrehen, doch man kann aus ihrer Betrachtung, so sie uns in eigener Betroffenheit und mit Ehrlichkeitsanspruch entgegentritt, für die Zukunft eine Menge lernen. Von dieser Überzeugung wurde hier ausgegangen. Glücklicherweise haben wir in der UZ für diese notwendige Auseinandersetzung ein besonders geeignetes Forum.

Dr. HEINZ SÄNGER



„Vor allem, meine Damen und Herren, habe ich es gern, wenn jemand seinen Standpunkt aufrecht vertritt...“ GUSTAVE DORÉ

Pressedienst Pressedienst Pressedienst Pressedienst aus erster Hand Die CDU Fraktion im Sächsischen Landtag

Siehe und vergleiche hierzu auch den Beitrag auf Seite 3 in UZ/24.